

Fragen

**für die Fragestunde der 36. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 2. April 2003**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Baumann, Günter (CDU/CSU)	3, 7	Lenke, Ina (FDP)	10, 11
Dr. Bergner, Christoph (CDU/CSU)	42, 43	Dr. Löttsch, Gesine (fraktionslos)	1, 2
Binninger, Clemens (CDU/CSU)	26, 27	Niebel, Dirk (FDP)	38
Connemann, Gitta (CDU/CSU)	46, 47	Pau, Petra (fraktionslos)	24, 25
Deß, Albert (CDU/CSU)	44, 45	Pawelski, Rita (CDU/CSU)	36, 37
Eichhorn, Maria (CDU/CSU)	8, 9	Petzold, Ulrich (CDU/CSU)	39, 40
Feibel, Albrecht (CDU/CSU)	4	Roedel, Hannelore (CDU/CSU)	32, 33
Gewalt, Roland (CDU/CSU)	18, 19	Dr. Schröder, Ole (CDU/CSU)	28, 29
Gönner, Tanja (CDU/CSU)	5	Schummer, Uwe (CDU/CSU)	6
Hochbaum, Robert (CDU/CSU)	41	Vogel, Volkmar Uwe (CDU/CSU)	14, 15
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	22, 23	Weiß, Peter (Emmendingen) (CDU/CSU) ...	16, 17
Köhler, Kristina (Wiesbaden) (CDU/CSU) ..	12, 13	Widmann-Mauz, Annette (CDU/CSU)	30, 31
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	20, 21	Willsch, Klaus-Peter (CDU/CSU)	34, 35

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	11

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

1. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Löttsch**
(fraktionslos) Nehmen die zum Schutz von US-Militärliegenschaften in Deutschland eingesetzten Soldaten ihre Aufgaben, nachdem die USA den Krieg gegen den Irak begonnen haben, nach Auffassung der Bundesregierung analog der Polizei wahr, oder sind sie in der Rolle militärischer Sicherer und Verteidiger?
2. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Löttsch**
(fraktionslos) Wie beurteilt die Bundesregierung die Verstärkung der in Kuwait eingesetzten ABC-Abwehreinheiten der Bundeswehr als Ersatz für die tschechischen ABC-Abwehreinheiten, die die Kampfkraft der amerikanischen und britischen Angreifer erhöhen, in verfassungsrechtlicher Hinsicht vor dem Hintergrund des Mandats des Deutschen Bundestages im Rahmen der Antiterroroperation ENDURING FREEDOM, und sieht die Bundesregierung den nunmehrigen Einsatz der tschechischen Kräfte und ihre Ersetzung durch deutsche als Teil des Kampfes gegen den Terrorismus?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung

3. Abgeordneter
**Günter
Baumann**
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen der im Juli 2001 beschlossenen weiteren Vergleichsberechnungen zum Zweck des rentenrechtlichen Nachteilsausgleichs nach § 13 Abs. 1a des Beruflichen Rehabilitierungsgesetzes auf die Renten von politisch Verfolgten des SED-Regimes?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

4. Abgeordneter
**Albrecht
Feibel**
(CDU/CSU) Welche Unterhaltungsmaßnahmen sind – bezugnehmend auf die Antworten der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Simone Probst, auf meine Fragen 10 und 11 in der Fragestunde am

*) siehe hierzu auch Frage 7

12. März 2003 (Plenarprotokoll 15/30, S. 2283) – in den Liegenschaften des Bundesamtes für Strahlenschutz, insbesondere in Salzgitter-Lebenstedt, 2003/2004 geplant oder bereits realisiert, und in welcher Höhe sind dafür Gelder vorgesehen beziehungsweise schon ausgegeben worden?

5. Abgeordnete
**Tanja
Gönner**
(CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung aus den beiden aktuellen Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes (in den Rechtssachen C-458/00 und C-228/00) vom 13. Februar 2003 zur Abfallgesetzgebung Konsequenzen ziehen und zwar im Sinne einer Änderung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes, und wenn ja, wird zukünftig die Abgrenzung zwischen Abfällen zur Beseitigung und Abfällen zur Verwertung klar und deutlich geregelt, damit die bestehenden Unsicherheiten auf diesem Gebiet beseitigt werden können?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

6. Abgeordneter
**Uwe
Schummer**
(CDU/CSU)

Welche Erfolgsaussichten sieht die Bundesregierung im Programm „Innovative Arbeitsgestaltung und Dienstleistung“, speziell im Hinblick auf die Schaffung neuer bzw. den Erhalt bestehender Arbeitsplätze, und mit welcher finanziellen Ausstattung wird das Programm bis zum Ende der Legislaturperiode gefördert?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

7. Abgeordneter
**Günter
Baumann**
(CDU/CSU)

Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die im Koalitionsvertrag versprochene „Besserstellung der SED-Opfer“ zu erreichen?*)

*) siehe hierzu auch Frage 3

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

8. Abgeordnete
**Maria
Eichhorn**
(CDU/CSU)
- Wie ist der Vorschlag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) zur Verkürzung der Elternzeit mit der Wahlfreiheit von Eltern zu vereinbaren, Familie und Erwerbstätigkeit ihren Wünschen entsprechend gestalten zu können (vgl. ddp-Meldung vom 3. März 2003)?
9. Abgeordnete
**Maria
Eichhorn**
(CDU/CSU)
- Auf welchen Betrag soll das Erziehungsgeld im ersten Jahr der Elternzeit angehoben werden, um das vom BMFSFJ und vom DIHK angestrebte Ziel, einen möglichst hohen Teil des Lohnes im ersten Jahr der Elternzeit zu ersetzen, erreichen zu können (vgl. ddp-Meldung vom 3. März 2003)?
10. Abgeordnete
**Ina
Lenke**
(FDP)
- Wie begründet die Bundesregierung ihr Vorgehen, ihre Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP „Situation und Zukunft des Zivildienstes“ (Bundestagsdrucksache 15/502) bereits vor der Zuweisung an die parlamentarischen Gremien und die Fragesteller ausgewählten Journalisten (siehe z. B. epd vom 21. März 2003, 12:34 Uhr) zugänglich zu machen?
11. Abgeordnete
**Ina
Lenke**
(FDP)
- Wann werden die seitens der Bundesregierung – entgegen der Absprache mit den Wohlfahrtsverbänden – gesperrten Kontingente in Höhe von 20 % der für 2003 zugesagten Zivildienstplätze freigegeben?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen**

12. Abgeordnete
**Kristina
Köhler**
(Wiesbaden)
(CDU/CSU)
- In welchem baulichen Zustand befinden sich im Allgemeinen die Liegenschaften des Statistischen Bundesamtes, und seit wann ist der Bundesregierung vor diesem Hintergrund bekannt, dass insbesondere das Dienstgebäude des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden dringend sanierungsbedürftig ist, weil die angegriffene Bausubstanz Asbest enthält, die

Brandschutzaufgaben nicht mehr erfüllt sind, das Gebäude nicht behindertengerecht ist und an mehreren Stellen im Boden Stolpergefahr besteht?

13. Abgeordnete
**Kristina
Köhler
(Wiesbaden)**
(CDU/CSU)

Welche Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, um solche Mängel zu beseitigen, und welcher Zeitrahmen ist für die notwendigen Maßnahmen vorgesehen?

14. Abgeordneter
**Volkmar Uwe
Vogel**
(CDU/CSU)

Wird der Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Dr. Manfred Stolpe, zurücktreten, wenn die Finanzierungsvereinbarung der Deutschen Bahn AG mit dem Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zum VDE 8.2 (Neubauabschnitt Gröbers–Erfurt) nicht bis zum 1. Juli 2003 unterzeichnet wird (vgl. Thüringer Allgemeine vom 7. Februar 2003)?

15. Abgeordneter
**Volkmar Uwe
Vogel**
(CDU/CSU)

Mit welchem konkreten Fertigstellungstermin rechnet die Bundesregierung für den Fall, dass die Finanzierungsvereinbarung nicht bis zum 1. Juli 2003 zustande kommt?

16. Abgeordneter
**Peter
Weiß
(Emmendingen)**
(CDU/CSU)

Welches Ergebnis hat das Gespräch zwischen dem französischen Minister für Verkehr, Raumordnung, Wohnungsbau, Tourismus und Meeresfragen, Gilles de Robien, und dem Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Dr. Manfred Stolpe, am Rande der Ratssitzung der europäischen Verkehrsminister am 27. und 28. März 2003 hinsichtlich einer baldigen Realisierung einer Verknüpfung des deutschen und des französischen Hochgeschwindigkeitsnetzes der Bahn über Straßburg/Kehl erbracht (vgl. Ankündigung des französischen Ministers vom 4. März 2003)?

17. Abgeordneter
**Peter
Weiß
(Emmendingen)**
(CDU/CSU)

Trifft die Aussage des Vorstandsvorsitzenden der DB-Netz AG, Roland Heinisch, zu, dass die Anbindung des französischen TGV an das deutsche ICE-Netz über Straßburg/Kehl erst für das Jahr 2020 geplant sei, und wenn ja, was sind die Gründe für diese zeitliche Verschiebung (vgl. Mittelbadische Presse vom 17. März 2003)?

- | | |
|---|---|
| 18. Abgeordneter
Roland
Gewalt
(CDU/CSU) | Wie stellt die Bundesregierung die Verwendung der für die Hauptstadtssicherheit zweckgebundenen Bundeszuschüsse an das Land Berlin in Höhe von ca. 38,4 Mio. Euro sicher? |
| 19. Abgeordneter
Roland
Gewalt
(CDU/CSU) | Führt die Bundesregierung Verhandlungen mit dem Berliner Senat über eine Übernahme von Kosten für Sicherheitsmaßnahmen bei Staatsbesuchen, die bislang im Wesentlichen das Land Berlin trägt? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

- | | |
|---|--|
| 20. Abgeordneter
Hartmut
Koschyk
(CDU/CSU) | Warum hat die Bundesregierung, obwohl das Gesetz bereits am 14. Juni 2002 vom Deutschen Bundestag beschlossen wurde und alle Problemfelder angesichts der jahrelangen Beratungen hinreichend bekannt waren, bis heute nicht die für den Vollzug des am 1. April 2003 in Kraft tretenden Waffengesetzes erforderlichen Verordnungen erlassen? |
| 21. Abgeordneter
Hartmut
Koschyk
(CDU/CSU) | Welche Rechtsqualität haben die „Hinweise zum Vollzug des neuen Waffengesetzes durch die Waffenbehörden ab dem 1. April 2003“, und inwieweit sind Verlässlichkeit und einheitlicher Vollzug für Waffenbesitzer und Waffenbehörden gewährleistet? |
| 22. Abgeordneter
Klaus
Hofbauer
(CDU/CSU) | Werden die Beschränkungen für Lastkraftwagen an mehreren Grenzübergängen der deutsch-tschechischen Grenze (z. B. Waldmünchen), die einen Übertritt ausschließlich für den regionalen Lkw-Verkehr vorsehen, nach der EU-Osterweiterung bestehen bleiben? |
| 23. Abgeordneter
Klaus
Hofbauer
(CDU/CSU) | Welche Änderungen bei den weiteren Verkehrsbeschränkungen an den Übergängen der deutsch-tschechischen Grenze sind nach der EU-Osterweiterung zu erwarten? |

24. Abgeordnete
**Petra
Pau**
(fraktionslos)

Wie erklärt die Bundesregierung die Tatsache, dass sie die Zahl der Opfer von Tötungsdelikten von rechts – seit der Wiederherstellung der deutschen Einheit – auf lediglich 39 beziffert, während die Zeitungen „DER TAGESSPIEGEL“ und „Frankfurter Rundschau“ für den gleichen Zeitraum – nach eingehenden und langjährigen Prüfungen – die Zahl der Todesopfer mit 99 benennen, und welche Schritte hat die Bundesregierung bisher unternommen, diese erhebliche Differenz aufzuklären (vgl. DER TAGESSPIEGEL vom 7. März 2003)?

25. Abgeordnete
**Petra
Pau**
(fraktionslos)

Plant die Bundesregierung im Hinblick auf den Antrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und PDS „Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt“ aus der 14. Legislaturperiode (Bundestagsdrucksache 14/5456) die Einrichtung einer bundesdeutschen Beobachtungsstelle bezüglich rechtsextremer und fremdenfeindlicher Bestrebungen – analog zur Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit –, und wenn nein, aufgrund welcher Erwägungen und genauen Prüfungen wird das Ziel der Einrichtung einer derartigen Beobachtungsstelle nicht verfolgt?

26. Abgeordneter
**Clemens
Binninger**
(CDU/CSU)

Unterstützt die Bundesregierung den Vorschlag Österreichs zur Drittstaatenregelung im Asylrecht (Ratsdokument des Rates der Europäischen Union 14712/02)?

27. Abgeordneter
**Clemens
Binninger**
(CDU/CSU)

Wie viele Asylbewerber sind insgesamt in den letzten fünf Jahren und wie viele werden nach Einschätzung der Bundesregierung nach der EU-Osterweiterung insgesamt aus den dann noch verbleibenden fünf europäischen Drittstaaten jährlich durchschnittlich in die EU bzw. nach Deutschland kommen?

28. Abgeordneter
**Dr. Ole
Schröder**
(CDU/CSU)

Bleibt die Bundesregierung bei ihrer durch den Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Fritz Rudolf Körper, am 12. März 2003 in der Fragestunde des Deutschen Bundestages (Plenarprotokoll 15/30, Seite 2290 D) dargestellten Auffassung, dass die Regelung der Familienzusammenführung und die Regelung des Zugangs dieses Personenkreises zum Arbeitsmarkt Gegenstand verschiedener EU-Richtlinien sind?

29. Abgeordneter
Dr. Ole Schröder
(CDU/CSU) In welchem Umfang liegt nach Auffassung der Bundesregierung allgemein sowie bezogen auf Zuwanderer und Flüchtlinge die Regelungskompetenz für den Zugang zum Arbeitsmarkt bei der EU?
30. Abgeordnete
Annette Widmann-Mauz
(CDU/CSU) Verfügt die Bundesrepublik Deutschland im Hinblick auf mögliche Gefährdungen der Bevölkerung über ausreichend Antibiotikavorräte?
31. Abgeordnete
Annette Widmann-Mauz
(CDU/CSU) Existiert in der Bundesrepublik Deutschland ein abgestimmter Notfall- und Verteilungsplan für Antibiotika bzw. ist eine entsprechende Logistik für die Verteilung von Antibiotika vorhanden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

32. Abgeordnete
Hannelore Roedel
(CDU/CSU) Wie hoch ist seit der Einführung der Ökosteuer das daraus resultierende jährliche Aufkommen?
33. Abgeordnete
Hannelore Roedel
(CDU/CSU) Wie viele der Ökosteuererinnahmen wurden jährlich seit der Einführung der Ökosteuer zu dem geplanten Zweck, nämlich die Rentenversicherung zu stärken, tatsächlich verwandt?
34. Abgeordneter
Klaus-Peter Willsch
(CDU/CSU) Wie weit ist die Strukturreform in der Bundesfinanzverwaltung umgesetzt?
35. Abgeordneter
Klaus-Peter Willsch
(CDU/CSU) Welchen Teil des bis 2003 geplanten Einsparvolumens von rund 360 Mio. Euro hat die Strukturreform in der Bundesfinanzverwaltung bislang erbracht?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft
und Arbeit**

36. Abgeordnete
**Rita
Pawelski**
(CDU/CSU)
- Handelt es sich bei der Vermittlung von Au-pairs um eine Job-Vermittlung oder um eine Jugendbildungsmaßnahme in Gastfamilien mit dem Zweck, individuelle Beziehungen unter Menschen aus unterschiedlichen Kulturen zu vertiefen sowie soziales, persönliches und interkulturelles Lernen zu fördern?
37. Abgeordnete
**Rita
Pawelski**
(CDU/CSU)
- Besteht vor dem Hintergrund der Deregulierung des Arbeitsmarktes im März 2002 bei der Au-pair-Vermittlung die Gefahr, dass Missbrauch unkontrolliert ausgeweitet wird und dabei Au-pairs über das Internet ungeprüft in völlig unbekannte Familien vermittelt werden?
38. Abgeordneter
**Dirk
Niebel**
(FDP)
- Auf welches Gesetz bezieht sich der Bundeskanzler, Gerhard Schröder, in seiner Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag am 14. März 2003, wenn er ändern will, dass zukünftig Zeitarbeitnehmer und befristet Beschäftigte nicht mehr auf den Schwellenwert des gesetzlichen Kündigungsschutzes angerechnet werden sollen (Plenarprotokoll 15/32, Seite 2485 C), und wie begründet die Bundesregierung die geplante Möglichkeit zur Ausweitung der befristeten Beschäftigungsverhältnisse, da durch Gesetz die befristeten Beschäftigungen stark eingeschränkt wurden, weil sie zur Umgehung des Kündigungsschutzes beitragen?
39. Abgeordneter
**Ulrich
Petzold**
(CDU/CSU)
- Inwieweit kann – aus Sicht der Bundesregierung – der Grundsatz der Bundesanstalt für Arbeit (BA) im Rahmen ihrer aktuellen Geschäftspolitik für Maßnahmen der Fort- und Weiterbildung „Erst platzieren, dann qualifizieren“ den Erfordernissen einer Wirtschaftspolitik gerecht werden, die unter Verweis auf das Vorhandensein qualifizierter Arbeitskräfte Ansiedlungen befördern will?
40. Abgeordneter
**Ulrich
Petzold**
(CDU/CSU)
- Nach welchen Gesichtspunkten sollen Arbeitsuchende den aufzubauenden Personal-Service-Agenturen zugeordnet werden, und inwieweit soll die Übernahme in Personalserviceagenturen durch Maßnahmen der Fort- und Weiterbildung flankiert werden?

41. Abgeordneter
Robert Hochbaum
(CDU/CSU)
- Gibt es Förderinstrumente der BA, die speziell auf die arbeitsmarktpolitischen Besonderheiten der neuen Bundesländer ausgerichtet sind und nur dort Gültigkeit haben?
42. Abgeordneter
Dr. Christoph Bergner
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung die Behauptung bestätigen, die BA habe den Arbeitsämtern Weisung erteilt, Pflichtleistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) einzuschränken?
43. Abgeordneter
Dr. Christoph Bergner
(CDU/CSU)
- Inwiefern ist die Aussage in der Pressemitteilung Nr. 16/03 der BA vom 11. März 2003 „Der Gesetzgeber will (...) mehr Wettbewerb auf dem Weiterbildungsmarkt erreichen und nimmt eine damit verbundene Marktvereinbarung in Kauf“ mit der Entschließung des Deutschen Bundestages vom 15. November 2002 auf Bundestagsdrucksache 15/98 zum Ersten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt („Hartz I“ – Bundestagsdrucksache 15/25) vereinbar, mit der die Bundesregierung u. a. aufgefordert wird, sicherzustellen, dass sich bei der Anwendung der neuen Regelungen über die Weiterbildungsförderung bewährte Bildungsstrukturen positiv weiterentwickeln können?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums
für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft**

44. Abgeordneter
Albert Deß
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, dass der international anerkannte Experte für Tierseuchenbekämpfung Prof. Dr. W. Z. im Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) als Unterabteilungsleiter für pflanzliche Märkte eingesetzt wird (vgl. top agrar 3/2003), und wenn ja, ist eine solche sach- und fachfremde Besetzung angesichts knapper Haushaltsmittel mit den Grundsätzen einer sparsamen Personalbewirtschaftung zu vereinbaren?
45. Abgeordneter
Albert Deß
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, dass der Bundesrechnungshof kürzlich gegen die Stellenbewirtschaftung im BMVEL größte Bedenken angemeldet hat, und wenn ja, was kritisiert der Bundesrechnungshof?

46. Abgeordnete
**Gitta
Connemann**
(CDU/CSU)

Trifft der Bericht in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 6. Februar 2003, Seite 12 zu, demzufolge die Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Renate Künast, trotz des Widerstandes von Bundeskanzler Gerhard Schröder weiter gegen „Preisdumping“ im Lebensmittelhandel vorgehen wolle, und sind weitere, über die in der Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs bei der Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Matthias Berninger, vom 13. März 2003 auf meine schriftliche Frage in Bundestagsdrucksache 15/730 (Arb.-Nr. 2/280) geschilderten Gespräche mit betroffenen Marktbeteiligten hinausgehende Maßnahmen geplant?

47. Abgeordnete
**Gitta
Connemann**
(CDU/CSU)

Erwägt die Bundesregierung angesichts der wiederholten Ankündigung der Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Renate Künast, gegen Preisdumping vor allem im Bereich des Verkaufs von Lebensmitteln vorgehen zu wollen, den Erlass gesetzlicher Vorschriften, die über die auf Betreiben der Fraktion der CDU/CSU 1998 eingeführte Vorschrift des § 20 Abs. 4 Satz 2 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (Verbot von Unter-Einstands-Verkäufen von Lebensmitteln) hinausgehen, und wenn nein, warum nicht?